



Ein neoliberales Monster in Moskau

Zu Putins Überfall auf die Ukraine – von Slave Cubela*

In: *express* 4/2022

*»Die Krise besteht gerade darin,
dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann:
In diesem Interregnum treten die vielfältigsten morbiden Erscheinungen auf.«*

(Antonio Gramsci, Gefängnishefte, H. 3, §34, 354f.)

Es geht Schlag auf Schlag. In der Corona-Pandemie sind inzwischen weltweit über sechs Millionen Menschen gestorben. Vor etwas mehr als einem Jahr, am 6.1.2021, ist die Weltmacht USA einem rechtsextremen Putsch um Haaresbreite entgangen. Extremwetterereignisse nehmen in vielen Ländern dieser Welt bedrohlich zu. Und jetzt überfällt die Putin-Regierung den Nachbarstaat Ukraine und droht mal mehr, mal weniger offen mit dem Einsatz von Atombomben. Wir schreiben das Jahr 2022 – aber wer mag bei diesem Tempo, bei diesen Ereignis-Dimensionen noch sagen können, in welcher dystopischen Welt wir bereits in einem Jahrzehnt oder weniger angelangt sein könnten?

Allein: Hängen all diese Ereignisse überhaupt zusammen? Ist es nicht unpassend, Putins Überfall auf die Ukraine in eine Reihe mit ökologischen Katastrophen oder dem erstarkenden Rechtsextremismus und Rassismus in den USA zu stellen? Ist der Krieg in der Ukraine nicht gar, wie einige meinen, die Notwehr-Reaktion des Regierungschefs eines Landes, das über Jahrzehnte durch die NATO und den Westen provoziert worden ist? So berechtigt diese und ähnliche Fragen auch daher kommen mögen, meines Erachtens offenbaren sie nur, wie oberflächlich das Verständnis dessen ist, was gegenwärtig in der Ukraine passiert. Denn dieser Krieg ist weit mehr als der brutale Überfall auf ein Land durch ein anderes. Es geht auch weniger um Entitäten wie »Russland«, die »Ukraine«, den »Westen«. Vielmehr ist dieser Krieg Moment einer tiefgreifenden Veränderung sozialer Machtverhältnisse nicht nur in Russland, einer globalen Veränderung also, die den ohnehin düsteren Zukunftsaussichten der Menschheit sehr bald den Rest geben könnte.

Der Aufstand der neoliberalen Oligarchen

Um diese Veränderung in den Blick zu bekommen, möchte ich zunächst an eine kleine Meldung des »Neuen Deutschland« aus dem Jahr 1993 (ND, 31. Dezember 1993) erinnern: Unter dem Titel »Pinochet als Vorbild« wird in dieser Meldung über den Auftritt des damals zweiten Bürgermeisters von St. Petersburg, Vladimir Putin, vor namhaften deutschen Wirtschaftsvertretern berichtet. Dort heißt es: »Dabei unterschied Putin zwischen ›notwendiger‹ und ›krimineller‹ Gewalt. Kriminell sei politische Gewalt, wenn sie auf die Beseitigung marktwirtschaftlicher Verhältnisse abziele, ›notwendig‹, wenn sie private Kapitalinvestitionen befördere oder schütze. Er, Putin, billige angesichts des schwierigen privatwirtschaftlichen Weges eventuelle Vorbereitungen Jelzins und des Militärs zur Herbeiführung einer Diktatur nach Pinochet-Vorbild ausdrücklich.« Und der ND-Autor fügt hinzu: »Putins Ausführungen

express Nr. 4/2022

wurden sowohl von den deutschen Firmenvertretern als auch vom anwesenden stellvertretenden deutschen Generalkonsul mit freundlichem Beifall aufgenommen.« Mit anderen Worten: Putin hat schon zu Beginn seiner Politikerkarriere deutlich ausgesprochen, dass er bereit ist, Russland in eine marktwirtschaftliche Diktatur zu überführen. Und als er es Jahre später konnte, hat er diesen Worten auch Taten folgen lassen: Putins autoritärer Werdegang als russischer Staats- und Ministerpräsident belegt eindrucksvoll, wie sehr er seinem Pinochet-Vorbild treu geblieben ist. Aber auch etwas Anderes an dieser Episode ist mehr als bemerkenswert: Statt dem »kleinen Pinochet« 1993 in St. Petersburg zeitnah klar zu machen, dass die westliche Wirtschaft aus ihrer brutalen Vergangenheit immerhin ein wenig gelernt habe, sitzen Vertreter von Firmen wie BASF, Dresdner Bank oder Alcatel da und applaudieren brav.

Es blieb nicht bei bravem Beifall. Begleitet von dem Motto »Wandel durch Handel« hat das neoliberale Kapital des Westens seit 1993 keine Geschäftsgelegenheit ausgelassen, um nicht nur in Russland neue Pinochets aufzubauen. Man denke an Erdogan in der Türkei, man denke an Modi in Indien, man denke an Xi Jinping in China oder an Muhammed Bin Salman in Saudi-Arabien. Diese Figuren sind nicht nur allesamt autoritäre Regierungschefs, die dem Westen lange Zeit als seriöse Partner galten oder immer noch gelten. Schon seit Jahrzehnten ist bestens bekannt, dass sie spätestens, wenn sie sich bedroht fühlen, ihre brutal-egoistische Seite offenbaren. Es sei nur an den erschütternden Kashoggi-Mord in Istanbul erinnert. Und obwohl dieser Mord erst knapp vier Jahre her ist, applaudieren westliche Politiker und Wirtschaftslenker dem Auftraggeber dieses Mordes inzwischen wieder brav.

Dabei darf ein Aspekt nicht vergessen werden: Viele dieser »Herren« verschaffen oder erhalten sich durch ihre politische Herrschaft ein gigantisches Privatvermögen. Oder genauer: Diese »Pinochets« sind materialistisch betrachtet Teil jener neuartigen Oligarchen-Klasse der Superreichen, die im Neoliberalismus auch in der westlichen Welt wächst und die uns dort politisch unangenehme Akteure wie Berlusconi, Trump, die Koch-Brüder oder den französischen Medienmogul Vincent Bollore beschert hat. Zwar suchen nicht alle von ihnen unmittelbare politische Macht. Aber diese transnationale Neuzusammensetzung der herrschenden Klassen hat dennoch weitreichende politische Konsequenzen, von denen der Angriffskrieg gegen die Ukraine nur die jüngste und extremste ist.

Denn: Man kann Putin gerne als wahnsinnig, imperialistisch oder wie auch sonst immer beschreiben. Aber auch bei ihm steht vor dem Bewusstsein sein materielles Sein. In seinem Fall ist es ein materielles Sein, das sich konservativ geschätzt auf ein Privatvermögen von 36 Milliarden Dollar beläuft und das sicher nicht durch Fleiß und Redlichkeit erworben wurde. Und so viel sollte allein dieser Umstand verdeutlichen: Jemand mit 36 Milliarden Dollar oder mehr auf dem Konto wünscht sich viel, aber sicher nicht, wie manch Beobachter meint, die alte Sowjetunion zurück. Wenn man deshalb also Putin zu dieser neuen globalen Geldaristokratie hinzuzählen muss, so fällt auf, wie wenig das Phänomen Putin als Folgeentwicklung des internationalen Neoliberalismus diskutiert wird. Das mag bei bürgerlichen Beobachtern verständlich sein, denn schließlich könnte das schwierige Fragen aufwerfen und die Legitimität der marktkonformen Demokratie beschädigen. Aber dass sich plötzlich viele westliche Linke auf jede erdenkliche Art und Weise in einen 36-Milliarden-Dollar-Oligarchen einfühlen, statt ihn ganz sachlich zunächst vor dem Hintergrund seines oligarchischen Seins zu verstehen, ja, dass sie sogar Partei für ihn ergreifen, ist mehr als erschütternd.

Doch nicht nur das. Indem viele Linke fleißig geschichtliche, kulturelle und geopolitische Bezüge ausbreiten, um den 36-Milliarden-Putin »zu verstehen«, entgeht ihnen eine entscheidende Pointe unserer Gegenwart. Dazu vorweg dies: Wenn soziale Klassen politisch nie einheitlich agieren, so tun dies auch nicht herrschende Klassen. Gerade tiefgreifende Veränderungen innerhalb sozialer Klassen laufen zudem nie konfliktfrei ab und der globale Aufstieg der neoliberalen Oligarchen ist eine solche tiefgreifende Veränderung. Vor diesem Hintergrund kann das, was in der Ukraine geschieht, aus klassentheoretischer Perspektive als Konflikt innerhalb der transnationalen herrschenden Klassen verstanden werden, als Fortsetzung jenes politischen Aufstandes der globalen Oligarchen-Kaste gegen den »progressiven Neoliberalismus« (mit seinen Vertretern Clinton, Obama, Draghi, Macron, Merkel usw.), der

mit Trumps Präsidentschaft breite Aufmerksamkeit erregte. Die Konfliktlinie dieses Aufstandes ist nicht schwer zu verstehen: die Spielregeln der »marktkonformen Demokratie« werden diesen Oligarchen schlicht zu eng. Als große Emporkömmlinge einer marktradikalen Epoche haben sie verinnerlicht, dass am Ende immer das Gesetz des Stärkeren zählt. Und verallgemeinert man das Gesetz des Stärkeren, dann meint das schlicht: Die neuen Oligarchen wollen eine marktkonforme Diktatur. Dabei können sie an den klassischen Liberalismus anknüpfen, denn schon John Locke ging davon aus, dass wirtschaftlicher Erfolg zugleich belegt, dass die besitzenden Klassen gedanklich über dem Pöbel stehen und dass sie also deshalb das Privileg haben sollten, über die niedrigeren Menschen zu herrschen. Und gerade dort, wo die besitzenden Klassen in der neoliberalen Semi-Peripherie es gewohnt sind, natürliche Lebensgrundlagen ohne Rücksicht auf Verluste auszubeuten, dort, wo sie, wie im Fall der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft, tausende Arbeiter eiskalt umbringen, dort, wo sie, wie in Kasachstan, Aufstände zusammenschießen lassen usw. – dort darf es nicht überraschen, dass eine besonders brutalisierte Form des Liberalismus entsteht, der gleichzeitig ein Übergang in neue Formen des Autoritarismus ist.

Größenwahn und Großraumpolitik

Dieser transnationale Aufstand der neuen, neoliberalen Oligarchen wird zudem befeuert, da sie ein Problem haben, das jeder Neureiche hat: Sie merken, wie sie von den alten besitzenden Klassen belächelt und herablassend behandelt werden. Ihre üppigen Protz-Paläste, ihre obszönen Jachten, ihre jungen Model-Frauen – all das ist für das »alte Geld« geschmacklos. So bleiben kleine und große Kränkungen nicht aus. So kann das Geltungsbedürfnis der neuen Oligarchen nicht zur Ruhe kommen. So suchen diese »Herren« tatendurstig nach Betätigungsfeldern für ihre Größe. Sie bauen dann wie im Nahen Osten gigantische Wolkenkratzer, sie richten unablässig sportliche Welt-Ereignisse aus, sie kaufen Fabergé-Eier, investieren in moderne Kunst, sie geben Empfänge und rauschende Feste, sie fliegen ins All. Aber letztlich ändert das nichts an ihrem Problem, sie sind bestenfalls nützliche neureiche Idioten der alten Herrschaftseliten.

Und so kommt es, dass viele »Pinochets« zunehmend an der alten Herrschaftsideologie der Geopolitik Gefallen finden. Denn was, wenn sie als vulgäre Glücksritter den schmutzigen Ursprung ihres plötzlichen Reichtums dadurch überdecken könnten, dass sie alte nationale und imperiale Träume verwirklichen? Oder genauer: Geschichtliche Größe durch Großraumpolitik erreichen, dabei von den Massen im nationalen Taumel geliebt werden, um umso besser weitere Milliarden aufs Privatkonto zu scheffeln – schlägt man damit nicht drei Fliegen mit einer Klappe? Erdogan sehnt sich beispielsweise nach einer Wiederkehr des Osmanischen Reiches, und wer will daran zweifeln, dass er – wenn er im Besitz von Atomwaffen wäre – hier schon längst weitergegangen wäre, als sich lediglich – wie Putin ja auch – an der Zerstörung Syriens und Libyens zu beteiligen? Mohammed bin Salman ist nicht nur schon seit 2015 im Krieg, indem er den Jemen unter seine Kontrolle zu bringen sucht, zugleich sind die sunnitischen Petro-Dynastien am Golf ein wichtiger Faktor bei der globalen Terror- und Kriegsgeschichte des Islamismus. Donald Trump könnte 2024 wieder US-Präsident werden, und wer weiß, vielleicht annektiert er dann Grönland einfach, statt einen zweiten Anlauf zu starten, um es Dänemark abzukaufen? In Indien hat Narendra Modi schon lange vor Trumps »America-First«-Parolen die Losung ausgegeben »Indien an erster Stelle«. Man darf gespannt sein, ob sich sein Hindu-Nationalismus bald nicht nur gegen die indischen Muslime richtet, sondern womöglich gegen den Atom-Nachbarn Pakistan. Und auch Xi Jinping bereichert sich wie die gesamte »rote« Oligarchen-Kaste Chinas unablässig und schamlos – und wer zum Buch »Alles unter einem Himmel« des chinesischen Staatsphilosophen Zhao Tingyang greift, merkt schnell, dass – wie der Deutschlandfunk (<https://www.deutschlandfunkkultur.de/zhao-tingyang-alles-unter-dem-himmel-weltfrieden-auf-100.html>) treffend bemerkt – die neue chinesische Weltordnung genauso hierarchisch und miefig strukturiert sein soll wie eine chinesische Familie.

Dabei ist mit Blick auf die Ukraine etwas hervorzuheben: In der Ideologie der Geopolitik gibt es seit jeher eine Art heiligen Gral, nämlich den eurasischen Raum. Wie vom lang-

jährigen US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski 1997 in seinem Buch »Die einzige Weltmacht« klar formuliert wurde: »Seit den Anfängen der Kontinente übergreifenden politischen Beziehungen vor etwa fünfhundert Jahren ist Eurasien stets das Machtzentrum der Welt gewesen. (...) Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.« Erhebt man, wie die neoliberalen Oligarchen, diesen Aspekt der alten geopolitischen Herrschaftsideologie zum einzigen Referenzpunkt, der ihrer Größe nach Jahren schmutziger Geschäfte und der Plünderung öffentlicher Kassen noch würdig ist, dann ist das, was in der Ukraine geschieht, schlicht der Griff nach Weltherrschaft. Genauer formuliert: ohne China wäre Putins Angriff auf die Ukraine tatsächlich Unsinn, aber da China Putins Partner ist, macht dieser Angriff beängstigend viel Sinn. Die Oligarchen-Cliquen in Moskau und Peking testen damit in der Ukraine aus, wie der Westen reagiert und setzen dessen Bevölkerungen unter Angst und Stress. Egal wie der Ukraine-Krieg ausgeht: die westliche Flanke des eurasischen Raums wird ein politisch heikles Terrain und tendenziell eine No-Go-Area für die NATO. Zudem bekommen die »roten« Oligarchen im Reich der Mitte durch die Sanktionen einen exklusiven Zugang zu den russischen Energiereserven, während umgekehrt Russland nach China jene Rohstoffe exportieren kann, die der Westen womöglich nicht mehr will. Eine »Zukunftsindustrie« wie die stärker werdende chinesische Autoindustrie bekommt zudem Zugang zu einem Markt mit 144 Millionen Bürger:innen. Und russische und chinesische Oligarchen müssen keine Demütigungen mehr fürchten, wie sie China etwa im Fall Huawei erlebte. Russlands Oligarchen spekulieren bei alledem sehr wahrscheinlich zusätzlich auf High-Tech-Transfer aus China. In dieser beängstigenden Logik der Geopolitik fehlt dann nur ein Mosaik-Stein zur Weltherrschaft: die Eroberung der weltweit führenden Halbleitertechnologie in Taiwan als Voraussetzung global-digitaler Überlegenheit.

Die schlafende Vernunft gebiert Monster

»Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer« ist der Titel eines Werkes von Goya. Putin ist ein Monster der schlafenden Vernunft. Er ist dabei ein Monster, das in der »sterbenden Welt« (Gramsci) des alten Neoliberalismus entscheidend geprägt worden ist. Denn auch wenn diese Welt in den globalen Zentren vernünftig vom ewigen, demokratischen Frieden träumte, sie durch die Globalisierung zusammenrückte und neue Formen der internationalen Zusammenarbeit etablierte, so war diese Welt zugleich eine kalte, brutale Welt, in der zunehmend nur Gewinner zählten, in der die Wahl der Mittel sekundär wurde und eine Welt, die es tolerierte, dass gerade außerhalb der Zentren Formen der grundlegenden gesellschaftlichen Opposition oftmals drakonisch unterdrückt wurden. Und auch das gilt es zu betonen: der Grat der darüber entscheidet, ob Handel Frieden stiftet oder Krieg vorbereitet, ist seit jeher schmal. Entsprechend hat Zygmunt Baumann bereits im Jahr 2000 den alten Clausewitz paraphrasiert, als er feststellte: »Der Krieg ist die Fortsetzung des globalen Freihandels mit anderen Mitteln.« Mit Putins Krieg in der Ukraine zerbricht jetzt der internationale Konsens der herrschenden Klassen endgültig, die bislang nahezu konsensuale »marktkonforme Demokratie« weicht der Idee der marktkonformen Diktatur – und die Zukunft der Treiber dieses Prozesses, der vielen kleinen und großen neoliberalen Monster sieht blendend aus.

Denn der Schlaf der Vernunft wird anhalten. Die Linke ist gesellschaftspolitisch völlig marginalisiert und ihre Reaktion auf die Ukraine-Krise lässt keine Besserung vermuten. Die alten Eliten dieser Welt wiederum, die nach 1989 von einem liberaldemokratischen Ende der Geschichte (Francis Fukuyama) träumten, können als liberale Dogmatiker nicht verstehen, dass es ihr eigener Liberalismus ist, der all diese Monster geboren hat. Die Monster suchen diesen Schlaf der Vernunft außerdem mit allen populistischen Mitteln zu verlängern. Ein erheblicher Teil von ihnen verdankt seinen Reichtum etwa fossilen Brennstoffen, jedes Erwachen der ökologischen Vernunft bedroht sie direkt. Sie sind es gewohnt, Arbeiter:innen brutal auszubeuten und Gewerkschaften zu zerschlagen, ergo gilt es, jede Form der sozialen Vernunft, demokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung einzudämmen. Und da viele von ihnen von absoluter Herrschaft träumen, so ist jede demokratische Vernunft ihr Feind. Putins Krieg ist insofern eine logische Konsequenz dieser Entwicklung. Egal also, wie

die Ukraine-Krise letztlich ausgeht – wenn es nicht gelingt, die neoliberalen Monster zu bändigen, ihre Vermögen zu enteignen, um dann den gewaltigen Reichtum der Welt im 21. Jahrhundert zum Wohle aller einzusetzen, dann ist das neoliberale Monster in Moskau nur eine von noch vielen kommenden Horror-Shows, mit denen die neue Oligarchie die Welt in einen Ort verwandeln wird, der partiell gar nicht mehr bewohnbar sein wird, in dem Autoritarismus und Rechtsextremismus normal geworden sind, ebenso wie weitere Kriege. Vielleicht sogar vor Ablauf dieses Jahrzehnts.

** Slave Cubela ist Mitarbeiter einer großen deutschen Industriegewerkschaft.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., NiddasträÙe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12